weil dann eine Reihe von Anträgen dadurch erledigt wird. Ich rufe also den Antrag 68 zur Abstimmung auf. Wer für die Annahme dieser Entschließung ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Diese Entschließung ist einstimmig angenommen worden.

Damit ist nach meiner Meinung gleichzeitig der Antrag der Hamburger Genossen, Antrag 27, erledigt. Es sind weiter erledigt die Anträge 30, 31, 32, 33 und 34. Es sind alles Anträge, die sich mit dem Problem des Wirtschaftsrates beschäftigen. — Ich höre keinen Widerspruch.

Antrag 28 der Frankfurter Genossen ist eben durch eine schriftliche Erklärung zurückgezogen worden; er ist zu streichen und kommt nicht zur Abstimmung.

Antrag 29, Unterbezirk Duisburg-Wesel, wurde hier in der Diskussion begründet und steht jetzt zur Abstimmung. Parteivorstand und Parteiausschuß haben sich in ihrer gemeinsamen Sitzung mit diesem Antrag ebenfalls beschäftigt und empfehlen, diesen Antrag abzulehnen. Wir kommen also zur Abstimmung über den Antrag 29. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Soweit von hier aus sichtbar, sind sechs Stimmen dafür. Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Es kommt nunmehr zur Abstimmung der Antrag 76. (Er wird noch einmal verlesen.) Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Es folgen nun noch die Abstimmungen über den Punkt 5 der Tagesordnung. Es handelt sich dabei um die Anträge 35, 36, 37, 38 und 74. Gleichzeitig standen dabei mit zur Verhandlung die Sozialistischen Grundsätze zum Lastenausgleich. Dazu lag ein Ergänzungsantrag vor, der unter Antrag 77 erschienen ist. Dieser Antrag ist Ihnen im Umdruck vorgelegt worden. Ich habe schon zu Beginn der Aussprache darauf hingewiesen, daß diese Grundsätze nicht zur Abstimmung stehen; sondern es sind Vorschläge, die dahin gehen, diese Grundsätze an den Parteivorstand zu überweisen und sie weiter zur Diskussion zu stellen, um dann nach diesen Grundsätzen die Arbeit für den Lastenausgleich weiterzuführen. Erhebt sich gegen dieses Verfahren Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann sind die Grundsätze dem Parteivorstand und allen anderen beteiligten Stellen zur Weiterbearbeitung überwiesen.

Der Antrag 74 beschäftigt sich mit Fragen des Wohnungsbaues; er wurde ebenfalls begründet. Der Antrag 37 und der Antrag 38 fordern vom Parteitag Beschlüsse und Maßnahmen des Parteivorstandes, um damit das Wohnungsproblem zur Diskussion zu stellen bzw. es zu lösen. Es wird vorgeschlagen, den Antrag 74 anzunehmen und damit gleichzeitig die Anträge 37 und 38 als erledigt zu betrachten. Wer also für die Annahme des Antrags 74 ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Offen bleibt jetzt noch der Antrag 35, der aber nach meiner Auffassung und nach Auffassung des Parteivorstandes durch die Grundsätze zum Lastenausgleich erledigt. Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall.

Dasselbe gilt auch für den Antrag 36, Unterbezirk Essen. — Auch hier erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist auch dieser Antrag erledigt durch die Grundsätze zum Lastenausgleich.

Damit, Genossen und Genossinnen, sind die Anträge zu Punkt 4 und 5 der Tagesordnung erledigt worden und die Punkte selbst damit abgeschlossen.

Wir kommen nun noch zur Erledigung des Punktes 6, „Sonstige Anträge". Sie werden aus der Vorlage ersehen, daß es dazu noch eine ganze Anzahl Anträge gibt, die hier nach folgendem Verfahren jetzt erledigt werden sollen: Soweit Begründungen zu geben sind, wird vorgeschlagen, einen Redner dafür und einen dagegen sprechen zu lassen. Dort, wo die Dinge klar sind und heute nicht erledigt werden können, sind sie nach Vorschlägen zu überweisen. Es ist gewünscht worden, daß zunächst einmal die Anträge zur Diskussion gestellt werden, die sich mit kulturpolitischen Fragen beschäftigen. Zu diesem Zweck wird der Genosse Hennig einige Ausführungen machen.

Arno Hennig, Hannover: Es ist für Sie eine Zumutung, am Ende einer überaus arbeitsreichen Tagung sich noch ein Kurzreferat als kulturpolitische Verzierung gefallen zu lassen. Aber Genosse Ollenhauer hat mir soeben mitgeteilt, daß dadurch die Kulturpolitik keineswegs als zweitrangig gekennzeichnet werden soll, sondern daß man im Parteivorstande die feste Absicht hegt, auf einem künftigen Parteitag der Kulturpolitik die Zeit einzuräumen, die sie zur Darlegung unserer Absichten und zu gründlicher Aussprache dringend bedarf.

Der Parteitag ist selbstverständlich souverän, auch über kulturpolitische Fragen zu beschließen. Aber gerade deswegen muß genügend Zeit und Konzentrationsmöglichkeit vorhanden sein, die Problematik kennenzulernen und die zweckmäßige Entfaltung unserer kulturpolitischen Kräfte abzuwägen. So wird hoffentlich der nächste Parteitag ein kulturpolitisches Hauptreferat und eine ganztägige Debatte enthalten.

Die Kulturpolitik ist zur Zeit das einzige Gebiet, auf dem wir wirklich souverän sind, wenn wir wollen. Dieser Umstand verpflichtet uns, von dieser Souveränität auch wirklich Gebrauch zu machen. Die Kulturpolitik der Sozialdemokratie ist kein loses Aushängeschild oder ein zwar edles, aber entbehrliches Spiel im politischen Kräftefeld. Die Kulturpolitik der Sozialdemokratie faßt die Selbstverwirklichung des Sozialismus ins Auge, denn Sozialismus ist nichts anderes als volle kulturelle Entfaltung.

Im Gegensatz zur fälligen Behandlung auf Tagungen und Konferenzen interessieren sich heute auch die einfachsten Menschen viel mehr für kulturelle Anliegen, als man glaubt. Es ist heute möglich, in mittleren deutschen Städten — und es sind Zeugen genug unter Ihnen dafür vorhanden — daß man mit einer kulturpolitischen Themensetzung einen Saal mit 1000 Menschen füllen kann und daß diese Menschen im Zuhören kaum ermüden. Denn hinter allen Fragen der Kalorien, der Wohnungsnot, der Brennstoffversorgung, der Wirtschaftspolitik ist heute die große Grundfrage aufgebrochen nach dem Sinn des Lebens überhaupt. Und hierzu kann der Sozialismus nicht schweigen, sondern muß den Menschen, die bei ihm eine seelische Heimat suchen, eine Antwort geben. Schon Aristoteles hat gesagt: „Wer die beste Verfassung machen will, der muß über die begehrenswerteste Form des Lebens Bescheid wissen."

Ich bitte Sie, meine Ausführungen nicht als Referat zu betrachten, sondern als knappe Einleitung der Erörterung vorliegender Anträge. Einer dieser Anträge befaßt sich mit der Zusammensetzung des Kulturpolitischen Ausschusses, den der Parteivorstand laut der in Nürnberg erteilten Vollmacht im April berufen hat. Ich muß Ihnen die Liste der Mitglieder verlesen und tue das deshalb, weil in einem Antrag behauptet wird, der Ausschuß enthalte Namen, die zum überwiegenden Teil bei den Parteigenossen unbekannt sind und deren Träger keine oder nur ganz geringe Verbindungen zu den einfachen Parteimitgliedern haben. Ich muß meine Mitarbeiter gegen solche Vorwürfe in Schutz nehmen und die bloße Verlesung dieser Liste wird Sie vollständig beruhigen. Sie enthält folgende Namen: August Albrecht, Dr. Fritz Borinski, Willi Eichler, Adolf Grimme, Arno Hennig, Toni Jensen, Jupp Kapplus, Walter May, Ludwig Metzger, Dr. Siegfried Nestriepke, Dr. Guntram Prüfer, Professor Dr. Carlo Schmid, Johannes Schult, Dr. Claus-Peter Schulz, Professor Anna Siemsen, Hans Wehn, Erich Winkler.

Ich überlasse es Ihrem Urteil, ob die Mitglieder des Kulturpolitischen Ausschusses die Kennzeichnung verdienen, die der Antrag Duisburg-Wesel enthält. Der Kulturpolitische Ausschuß ist kein zusammengeschobenes Häuflein einer weltanschaulichen Gruppe, sondern gerade in diesem Ausschuß arbeiten die verschiedensten Richtungen vorbildlich zusammen und verdienen Dank für ihre Arbeit.

Dieser Arbeit des Kulturpolitischen Ausschusses wird gelegentlich der Vorwurf gemacht, sie verfolge revisionistische Bestrebungen. Wohl im Namen der Gesamtpartei darf ich sagen: Was wir dort machen, ist nicht nur kein Revisionismus, sondern das genaue Gegenteil davon. Wir versuchen, in jeder Phase unserer Arbeit und auf allen Einzelgebieten durch scheinradikale Formulierungen durch-

zustoßen bis auf die Wurzeln, bis auf die Radizes, weil wir heute diesen wahrhaft radikalen Befund der Verhältnisse, unter denen wir leben und die wir ändern wollen, brauchen. In dieser Beziehung sind in den Darlegungen der letzten zwei Tage hier wertvolle Stichworte gefallen, die ebensogut im Zusammenhang einer kulturpolitischen Debatte geäußert worden sein könnten. Wir sind dem Genossen Ollenhauer dankbar für die Erklärung, daß die Sozialdemokratie keine weltanschaulich gebundene Bewegung sei, sondern daß sie ohne Rücksicht auf die Weltanschauung des einzelnen alle Menschen aufruft, die zur Verwirklichung des Sozialismus entschlossen sind. Genosse Gerlach hat das Werk von Marx und Engels gekennzeichnet als ein noch lange nicht genügend genütztes Arsenal und hat dargelegt, daß die absolute Bereitschaft zur Kritik und definitive Absage an jede Art von Dogmatismus die noch heute fruchtbare Hauptsubstanz des Lebenswerkes dieser Männer darstellt. Wir haben uns zu fragen, was Marx und Engels heute tun und denken würden, wenn sie heute lebten, und in diesem Sinne sind wir durchaus revolutionär, wenn wir die ganze Tiefe der Problematik unserer Zeit aufzureißen versuchen, um die richtigen Wege und Lösungen zu finden.

Nach unserem letzten Parteitag in Nürnberg wurde von wohlwollender Seite in der überparteilichen Presse darauf hingewiesen, daß wir eine Art „Revolution von oben" machten. Dieses Wort ehrt uns sehr, und wir haben uns bemüht, es zu rechtfertigen. Wir wünschen aber aus Gründen einer echten Demokratisierung, daß die revisionistische Bereitschaft uns auch auf allen Stufen des Organisationslebens von unten entgegengebracht wird.

Leider ist die parteigenössische Publizistik nicht in dem Maße auf unsere Bemühungen eingegangen, daß unsere Mitglieder und Anhänger sich als genügend informiert betrachten können. Wir wären dankbar, wenn künftig diesem Übelstande abgeholfen würde.

Mit ausdrücklicher Billigung des Parteitages in Nürnberg haben wir die Beratungen des Erlanger kulturpolitischen Jahreskongresses fortgesetzt in Ziegenhain und haben dort das Dokument geschaffen, das als Ausgangspunkt für Erörterungen, also als Diskussionsbasis für eine künftige programmatische Festlegung gedacht und gekennzeichnet war. Wenn man in der bekannten Ziegenhainer Entschließung eine abschließende Formulierung hat sehen wollen, so ist das nicht unsere Schuld.

Die politischen Lehrkräfte der Partei haben wir in der Schüttersmühle für eine Woche zusammengerufen und haben dort gründliche Arbeit geleistet in der Durchleuchtung unserer politischen Schulungsarbeit. Stoffgebiete, Unterrichtsmethode, Kursusdauer, Schülerauslese, praktische Auswertung der Kurse sind so gründlich behandelt und im Protokoll den Bezirken zugestellt worden, daß wir die praktische Auswertung nur dringlichst empfehlen können.

Wir haben ferner kürzlich in Lübeck außer der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses eine weitere kulturpolitische Jahreskonferenz der Partei abgehalten, die sich mit den beiden Themen beschäftigte: „Die Kunst als bewegende Kraft" und „Der Strukturwandel der Gesellschaft". Vor allem aber wurde in Lübeck eine Woche veranstaltet unter dem Motto: „Sozialismus und Wissenschaft". Wohl erstmalig in der Geschichte unserer Bewegung und des Parteiwesens überhaupt haben Männer der Politik mit Forschern ersten Ranges zusammengearbeitet. Und ganz im Sinne der Ausführungen der Genossen von Knöringen und Dr. Zorn sind hier Wege angebahnt worden, Politik als angewandte Wissenschaft nicht nur zu fordern, sondern praktisch vorzubereiten. Der Sozialismus, beruhend auf Verantwortungsgefühl und Erkenntnis in allen seinen Lebensäußerungen, kann nur lebendig bleiben, wenn er sich laufend aus den Quellen zeitgemäßer wissenschaftlicher Bemühungen immer neu speist.

Wir haben vorerst in Lübeck eine Themenreihe aus exakter Naturwissenschaft, Biologie, Psychologie, Philosophie und Erziehungswissenschaft behandelt. Wir werden hoffentlich bald, vielleicht noch vor Jahresende, eine weitere Themenreihe zur Diskussion stellen, die uns auch politisch noch näher angeht in unserer

praktischen Arbeit, und zwar aus den Gebieten der Wirtschaftskunde, der Soziologie und der Geschichtsbetrachtung.

Wir haben im abgelaufenen Jahr zwei Tagungen sozialistischer Schriftsteller gehabt, in Offenbach und in Heidelberg. Diese Tagungen haben eine schöne menschliche Beziehung zwischen den sozialistischen Schriftstellern hergestellt und waren beide weit besser beschickt nach Zahl und Qualität der Teilnehmer, als der erste Versuch in Celle. Es war kein Zweifel, daß besonders die Heidelberger Tagung eine Art von Apotheose der Freiheit gewesen ist.

Zur genaueren Information unserer Bezirke, Kreisvereine und vor allem Ortsvereine planen wir die Herausgabe eines kulturpolitischen Mitteilungsblattes, das hoffentlich 16 Seiten umfassen wird und monatlich erscheint. Wenn dieses Mitteilungsblatt auch nur in einem einzigen Exemplar in jedem Ortsverein abonniert wird, ist eine wertvolle Belebung unserer Arbeit möglich und der beklagenswerte Zustand behoben, auf dem langen Wege durch die Organisationsstufen steckenzubleiben, so daß der interessierte einzelne Genosse oft den ganz falschen Eindruck erhält, als ob die Partei auf kulturpolitischem Gebiete nichts täte.

Die Tatsache, daß das Handeln der Menschen nicht nur von der Sphäre des bewußten und wissenschaftlich aufgehellten Leben getragen wird, sondern daß es weitgehend bestimmt wird von dem weiten Gebiet des Unterbewußten und Gefühlsmäßigen, hat uns veranlaßt, eine Art Kunstdienst aufzubauen. Denn wir sind nicht nur aus Gründen taktischer Erwägungen, sondern aus ethischer Verpflichtung heraus genötigt, den Menschen, die uns politisch ihr Vertrauen schenken und sich uns organisatorisch anschließen, auch eine seelische Heimat zu schaffen und sie geistig zu ernähren. Deshalb bitten wir, unsere Bestrebungen in bezug auf Kunstpflege sehr ernst zu nehmen und verständnisvoll zu unterstützen. Es ist selbstverständlich, daß diese unsere Bemühungen sich in engster und freundlichster Arbeitsgemeinschaft mit den Volksbühnen vollzieht und daß wir relativ selbständig auftreten nur dort, wo deren Arm nicht hinreicht. Diese Kunstpflege ist natürlich nicht parteigebunden und politisch, aber sie ergibt sich eigentlich aus dem Wesen des Sozialismus, als eines Dienstes am Menschen.

Im verflossenen Jahre ist auch die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer wieder ins Leben gerufen worden. Ihre vornehmste Aufgabe besteht darin, die sozialistische Propaganda in die Kreise der Lehrer und Erzieher zu tragen, denn selbstverständlich muß die Sozialdemokratie mit den künftigen Generationen rechnen und darf unter keinen Umständen die Menschen vernachlässigen, die berufsmäßig an dieser künftigen Generation arbeiten. Zweitens aber hat die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer die Aufgabe, die kulturpolitische Abteilung des Parteivorstandes und durch diese auch den Parteivorstand *selbst* zu beraten und zu informieren, soweit die Programmatik der Erziehung und jede Art von Schulgesetzgebung in Frage kommt.

Bereits auf dem Parteitag in Nürnberg wurde bemängelt, daß die Sozialdemokratie noch kein Programm habe. Es ist gut, daß ein solches Programm nicht zu früh geschaffen worden ist. Aber unser gegenwärtiger Parteitag erachtet es mit Recht an der Zeit, nunmehr ein solches Parteiprogramm zu schaffen. Selbstverständlich wird ein Parteiprogramm auch einen kulturpolitischen Bestandteil haben. Selbstverständlich wird in der Präambel eines solchen Programmes der geistige Standort der Partei im Einklang stehen müssen mit unseren kulturpolitischen Bestrebungen überhaupt. Und nicht nur Lehrer und Erzieher, sondern das ganze Volk darf erwarten, daß ein gewissenhaft erwogenes Erziehungsprogramm vorgelegt wird, das alle Stufen des öffentlichen Schulwesens umfaßt.

Wir haben im Kulturpolitischen Ausschuß den Entwurf eines Kulturprogrammes vorbereitet und in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer ein Erziehungsprogramm soweit gefördert, daß es nur noch der Ergänzung durch ein Programm für die bisher vernachlässigten Fach- und Berufsschulen und für das Hochschulwesen bedarf. Es ist selbstverständlich, daß diese programmatischen Fassungen nicht nur mit äußerster Sachkunde und in präziser Formulierung vorgelegt werden, sondern daß auch jeder, der über gesunden

Menschenverstand verfügt, bei der Lektüre sehen muß, das ist vernünftig und gerecht.

Ich kann in den wenigen mir zur Verfügung stehenden Minuten Ihnen selbstverständlich nicht den ausführlichen sachlichen Bericht geben, auf den Sie Anspruch haben, und muß Sie auf unsere Rundschreiben an die Bezirke verweisen. Wollte ich jedes der angeschnittenen Gebiete auch nur annähernd behandeln, so müßte sich die flüchtige Erwähnung jedes Gegenstandes zu einem besonderen Referat auswachsen. Ich konnte also nur herausgreifen und andeuten, um welches riesige Arbeitsgebiet es sich handelt.

Eine brennende Sorge der Partei ist die politische Schulungsarbeit. Wir haben zwar bis jetzt drei politische Heimschulen, eine vierte ist im Entstehen begriffen. Doch sind diese Schulen klein und arbeiten nur jeweils für ihren Bezirk. Wir brauchen dringend eine zentrale politische Schule der Partei, in der langfristige allgemeine Kurse neben den Spezialkursen laufen können und die nicht nur eine rein lehrhafte Bereicherung der Teilnehmer ermöglicht, sondern eine konsequente und gründliche politische Erziehung. (Zwischenruf) Parteigenossen! Auch die Kulturpolitik gehört zum Programm der SPD, und ich darf Sie bitten, das zu beachten.

Genossen, es ließe sich viel und Fruchtbares sagen über den unabdingbaren Zusammenhang der Kulturarbeit und der Entfaltung des Sozialismus. Lassen Sie mich bitte zum Schluß noch eine technische Anmerkung machen. Der unmittelbare Strukturwandel der Gesellschaft, der relative Rückgang des Anteils der Handarbeiter an der Gesamtbevölkerung, die Millionenschicht heimatlos gewordener Menschen stellen uns gebieterisch vor die Notwendigkeit, heute Schichten anzusprechen, die uns vor 1933 im wesentlichen verschlossen waren. Von der Gewinnung dieser Schichten hängt es ab, ob wir auf demokratische Weise zum Sozialismus kommen oder nicht. Ein wohlmeinender Vertreter dieser Zwischenschichten, der an hervorragender Stelle des öffentlichen Lebens wirkt und der sich selbst einen Angehörigen der heimatlosen deutschen Linken nannte, hat kürzlich die melancholische Prophezeiung ausgesprochen, daß das deutsche Volk einer „CDU-kunft" entgegengehe. Er hat das offenbar deshalb gesagt, weil er glaubt, daß die psychologischen und kulturellen Imponderabilien auf jener Seite liegen und nicht bei uns. Genossen, es ist ein Glücksfall ohnegleichen, daß das nicht wahr ist und daß der Sozialismus alle kulturellen Imponderabilien für sich hat, wenn er sich selbst in seiner Menschentiefe und -weite versteht. Sozialismus ist überhaupt im Grunde Kulturentfaltung, und alle Politik ist im Sinne des Sozialismus nur ein Spezialfall, ein angewandter Sonderfall des umfassenden kulturellen Bewußtseins und der Verwirklichung der ethischen menschlichen Anliegen. Und weil das so ist, sind wir des starken Glaubens, daß das deutsche Volk keiner dumpfen „CDU-kunft" entgegengeht, sondern einer sozialistischen Zukunft, die Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und Freiheit nicht nur als theoretische Konzeption von Philosophen und Ethikern betrachtet, sondern die sie verwirklichen wird auf allen Lebensgebieten. Wenn wir das heute erkennen und wenn wir in dieser Erkenntnis unsere gesamte politische Arbeit anfassen, dann wird das deutsche Volk sehr bald erkennen, wer das Banner wahrer Geistesfreiheit in Deutschland trägt. (Beifall.)

Vorsitzender Löbe: Nach dieser Erklärung des Genossen Hennig kommen wir zur Erledigung der Anträge. Ich möchte zunächst die Anträge 44, 47, 46 und 73 begründen lassen von Dr. Berger. Das Wort hat Dr. Berger.

Dr. Berger, Wesel: Genossinnen und Genossen! Ich möchte Ihnen die Anträge 44 und 73 begründen, die Ihnen gedruckt vorliegen. Wir befinden uns mit diesen Anträgen zum Teil in Widerspruch zu der Meinung des Genossen Hennig, des Kulturreferenten beim Parteivorstand; eine Lage, auf die ich Sie von vornherein aufmerksam machen möchte. Dieser Widerspruch besteht zunächst darin, daß beim Genossen Hennig die Auffassung besteht, daß die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer, die ASL, nicht unmittelbar dem Parteivorstand, sondern dem

Kulturpolitischen Ausschuß unterstellt werden soll und daß die Arbeitsergebnisse der ASL durch den Kulturausschuß geprüft und begutachtet werden müßten. Nach unserer Ansicht kann der Kulturpolitische Ausschuß nicht als die geeignete Einrichtung betrachtet werden, die zu einer fruchtbaren Bearbeitung der Schul- und Erziehungsfragen im sozialdemokratischen Sinne erforderlich ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, daß nur sechs Genossen des Kulturpolitischen Ausschusses anwesend waren, als er das Schulprogramm der ASL bearbeitet und abgeändert hat. Es wäre sonderbar und unverständlich, wenn die recht zufällige Stimme dieser 6 von 19 Genossen des Kulturpolitischen Ausschusses, eines Ausschusses, der vom Parteivorstand eingesetzt worden ist, mehr Gewicht haben sollte als die Stimmen von 5000 sozialistischen Lehrergenossen.

Genossinnen und Genossen! Die Sozialisierung ist heute eine Gegenwartsaufgabe, — sie ist aber noch viel mehr eine Zukunftsaufgabe, eine Zukunftsaufgabe, die vor allen Dingen auch auf die innere Wandlung der Menschen selbst abzielt, und durch diese Wandlung soll das sozialistische Gedankengut in sehr viel weitere Kreise hineingetragen werden, als das bisher geschehen ist. Daher ist eine grundlegende Reform der Schule und des Erziehungswesens eine Lebensfrage der deutschen Sozialdemokratie und des Sozialismus, eine Frage, von deren Lösung es abhängt, ob es gelingt, zur Verwirklichung des Sozialismus die Menschen bereit und fähig zu machen. Von dem Umfang und den Schwierigkeiten dieser Aufgabe aber macht man sich in weiten Kreisen der Partei noch ganz unzureichende Vorstellungen. Heute kann sich die Partei nicht mehr wie früher darauf beschränken, theoretische Erörterungen anzustellen oder ein allgemein gehaltenes Erziehungsprogramm zu proklamieren, heute muß die pädagogische Wirklichkeit in all ihren Verzweigungen neu gestaltet werden; und die damit vor uns liegenden Aufgaben sind so umfangreich, daß wir zu ihrer Erledigung alle nur verfügbaren Kräfte mobilisieren müssen; die verfügbaren Kräfte vor allen Dingen, die uns in der sozialdemokratischen Lehrerschaft gegeben sind. — Der Kulturpolitische Ausschuß dagegen hat die weiteren Gebiete zu behandeln, die sich mit der sozialistischen Literatur, dem Verlagswesen, der Musik, der Malerei, dem Theater, dem Film usw. beschäftigen. Es kann beim besten Willen nicht erwartet werden, daß er sich darüber hinaus noch im einzelnen mit der Gestaltung der sozialistischen Schule der Zukunft in ausreichendem Umfang beschäftigen kann. Dasselbe, was ich bisher gesagt habe, und womit ich die Forderung begründen wollte, einen besonderen Schulausschuß beim Parteivorstand einzurichten, dasselbe gilt auch für die geforderte Lehrerzeitung. Es ist geplant, eine Zeitung des Kulturpolitischen Ausschusses herauszugeben. Lange aber plant auch schon die sozialdemokratische Lehrerschaft die Herausgabe einer Zeitung, auf die unsere sozialdemokratischen Lehrergenossen warten und die sie dringend verlangt haben. Ich glaube, Genossen, man kann diese Aufgabe keiner besseren Regelung anvertrauen, als sie eben dieser Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer zu übergeben, deren Vorstand demokratisch gewählt worden ist und die wohl des Vertrauens würdig wäre, daß sie unmittelbar mit dem Parteivorstand verkehren dürfte, ohne Zwischenschaltung eines besonderen Ausschusses, wie ihn der Kulturpolitische Ausschuß darstellt. Die jetzt vom Parteivorstand vorgesehene Regelung erscheint uns unzweckmäßig und als sachlich nicht begründet. In völliger Einmütigkeit herrscht bei uns die Überzeugung, daß es den demokratischen Traditionen der Partei besser entsprochen hätte, wenn der Kulturpolitische Ausschuß nicht vom Parteivorstand ernannt, sondern demokratisch gewählt aus den Bezirken hervorgegangen wäre. Natürlich erwarten wir nicht, daß die von der ASL erarbeiteten Vorschläge ohne weiteres als Stellungnahme der Partei gelten sollen, sondern wir halten es für selbstverständlich, daß der Parteivorstand und der Parteitag die letzte Entscheidung über die schulpolitischen Ziele der Partei zu treffen haben. Auf Grund dieser Erwägungen wurde auf der Delegiertenkonferenz der gesamten ASL in Göttingen im Frühjahr dieses Jahres einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Die in Göttingen versammelten Delegierten der ASL wenden sich an den Parteivorstand mit dem Antrag, den Vorstand der ASL in allen Schulfragen als beratenden Fachausschuß

anzusehen und ihn in den zu bildenden schulpolitischen Ausschuß der Partei zu berufen."

Damit wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die schulpolitischen Aufgaben aus der Zuständigkeit des Kulturpolitischen Ausschusses herauszulösen und einem eigenen schulpolitischen Ausschuß zu übertragen, wie es in dem Antrag 44 gefordert wird; einem Ausschuß, dem selbstverständlich auch außer dem Vorstand der ASL noch einige andere sachverständige Genossen angehören könnten, für deren Auswahl noch ein geeigneter Modus gefunden werden müßte. Zunächst handelt es sich bei den Aufgaben dieses von uns geforderten Ausschusses darum, die Formulierung eines schulpolitischen Programms der Partei festzulegen, das von der ASL erarbeitet wurde, das aber der gesamten Mitgliedschaft der Partei unterbreitet und zur Diskussion übergeben werden soll, damit sobald wie möglich eine auf demokratischer Grundlage beruhende Willensbildung der Partei auf schulpolitischem Gebiet zustande kommt, und damit auf einem der nächsten Parteitage die Fixierung unserer schulpolitischen Forderungen endlich vorgenommen werden kann, — da die Forderungen, wie sie im Heidelberger Programm niedergelegt worden sind, nicht mehr als zutreffend angesehen werden können.

Genossen und Genossinnen! Ich glaube, daß es nicht allen von Ihnen bekannt war, daß es 5000 deutsche Lehrer in der Sozialdemokratie gibt, die in der ASL zusammengeschlossen sind, daß diese 5000 deutschen Lehrer an Volksschulen, mittleren und höheren Schulen, an Fach- und Berufsschulen sich zu einem machtvollen Instrument des Kampfes gegen die Reaktion zusammengeschlossen haben, eben dieser „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer". Wußtet Ihr, daß diese Lehrer bereitstehen, in die Herzen Eurer Kinder die Liebe zum Guten und Wahren, die Begeisterung für Freiheit und Sozialismus einzupflanzen? Ich stehe hier für diese 5000 deutschen Lehrer und bitte Euch in ihrem Namen, den Anträgen, die ich begründete, Eure Zusimmung zu erteilen. Gebt den Anträgen Eure Zustimmung! Die 5000 Lehrer der deutschen Sozialdemokratie werden es Euch lohnen mit doppeltem Eifer im Kampf für den Sozialismus, mit doppelter Treue zum Banner der deutschen Sozialdemokratie, mit vermehrter freudiger Arbeit an Euren Kindern und mit doppeltem Eifer, sie für Freiheit und Sozialismus zu erziehen. (Beifall.)

Willi Eichler, Köln: Ich möchte im Namen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses zu den Anträgen 43, 44, 45, 46, 47 und 74 Stellung nehmen und dabei gleichzeitig zu der Begründung, die der Genosse Berger zu zweien der Anträge gegeben hat, etwas sagen.

Zunächst zum Antrag 43, in dem der Bezirk Schleswig-Holstein die Minister und Abgeordneten in den Länderparlamenten um beschleunigte Einbringung von Vorlagen zur Durchführung der Schulgeldfreiheit und Lehrbuchfreiheit ersucht. Der Durchführung einer Schulreform mit mindestens sechsjähriger Grundschule pflichten Parteivorstand und Parteiausschuß bei, auch der Schulgeldfreiheit und Lehrbuchfreiheit. Wir befürchten, daß die Antragsteller gefragt werden, woher man das Geld nehmen solle. — Den Antrag Nr. 47 bitten Parteivorstand und Parteiausschuß abzulehnen, und zwar einmal aus dem Grunde, weil es aus organisatorischen Gründen unmöglich erscheint, einzelne Berufsgruppen direkt mit besonderen Vertretungen beim Hauptvorstand zu betrauen, da die Aufnahme ähnlicher und wichtiger Berufsgruppen nicht zurückgewiesen werden könnte. Der zweite Grund ist dieser: Die Lehrer haben ganz gewiß eine wichtige Stimme mitzureden beim Aufbau des Schul- und Erziehungswesens, aber nicht die einzige Stimme. Die Rolle der Schule, die Rolle des Erziehungswesens ist auch eine kulturpolitische Aufgabe allgemeiner Art und kann deshalb nicht als die alleinige Domäne der deutschen Schullehrer angesehen werden. Es muß deshalb nach Ansicht des Parteivorstandes und des Parteiausschusses darauf bestanden werden, daß die abschließenden Vorbereitungen zu diesem Thema vom Kulturpolitischen Ausschuß des Parteivorstandes ausgehen, der selbstverständlich gerade in dieser Frage mit den Vertretern der Lehrerschaft engstens zusammenarbeiten wird, wobei sie im

wesentlichen natürlich auch ihre eigenen Gedanken nicht nur vorbringen können, sondern auch akzeptiert erhalten werden.

Der Antrag Nr. 45 über die Einrichtung einer Akademie der Wissenschaften sollte dem Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen werden. Prinzipiell haben beide Körperschaften keine Einwendungen zu erheben.

Der Antrag 46 hat dieselbe Stellungnahme gefunden. Der Parteivorstand soll danach eine Reihe von Mitgliedern mit volkswirtschaftlicher Vorbildung freistellen, die weitere Studien machen sollen, deren Ergebnis der allgemeinen Parteiarbeit zugänglich gemacht werden soll. Diesen Antrag bitten wir dem Parteivorstand zu überweisen. Ebenso den Antrag 73 wegen der Einrichtung einer Zeitschrift für Schulpolitik.

Ich komme zum Antrag 47. In einer Serie kulturpolitischer Anträge nimmt sich dieser Antrag ganz besonders merkwürdig aus. Der Kulturpolitische Ausschuß ist, glaube ich, in der Zusammensetzung, wie sie vorgelesen wurde, gewiß frei von dem Vorwurf, aus Vertretern einer bestimmten Vorbildung, Weltanschauung, Doktrin zu bestehen. Davon kann keine Rede sein. Dieses Vorurteil sollte nicht weiter in die Mitgliedschaft der Partei getragen werden und gehört vor allen Dingen auch nicht in gedruckte Unterlagen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind. Der Genosse Hennig hat selbstverständlich keinen Kulturausschuß zu benennen. Er hat das nie versucht und auch nie gemacht. Der Kulturausschuß ist in einer Sitzung des Parteivorstandes, wie sich das gehört, nach den Vorschlägen aller Mitglieder des Parteivorstandes zusammengestellt, ausgesucht und zusammengerufen worden und arbeitet in dieser Eigenschaft. Alle Ausschüsse beim Parteivorstand — und das sollte alle diejenigen beruhigen, die glauben, es könnte sich eine Diktatur der Ausschüsse etablieren — haben nur beratende Stimmen. Was immer dieser Ausschuß berät oder als ein Ergebnis seiner Beratungen zusammenstellt: es kann nichts die Partei Bindendes daraus werden, ohne daß dieses Material vom Parteivorstand akzeptiert und danach vom Parteitag endgültig als für die Partei bindend angenommen worden ist. Kein Genosse ist von der Mitarbeit an der endgültigen Gesetzwerdung dieser Vorarbeit für die Partei ausgeschlossen. Ich möchte deshalb im Namen des Kulturpolitischen Ausschusses gegen die Form dieses Antrages hier Protest erheben.

Damit ist alles gesagt, was Parteivorstand und Parteiausschuß zu den Anträgen zu sagen hätten. Ich möchte etwas hinzufügen über die Aschenbrödelrolle, die die Kulturpolitik in unseren offiziellen Arbeiten bisher zugewiesen erhielt. Ich möchte deshalb öffentlich, um den Eindruck zu verwischen, als ob das Verhältnis zwischen Kulturpolitik und anderen Gebieten des Lebens so eingeschätzt wird, wie dieses bisher bei den Beratungen des Parteitages geschehen ist, erklären, daß das nicht die Meinung des Parteivorstandes oder Parteiausschusses ist, sondern wir einig darin sind, daß es sehr an der Zeit ist und eigentlich schon gewesen wäre, diesem Gebiet einen größeren Raum in unserer Arbeit und auch in der Gestaltung des Parteilebens zu widmen. Wir geben Ihnen das Versprechen, daß dies der letzte Parteitag gewesen ist, der sich so wenig mit diesem so wichtigen Thema befaßt. (Beifall.)

Vorsitzender Gnoß: Zur Begründung des Antrages 43 hat der Genosse Siegel das Wort.

Wilhelm Siegel, Bad Oldesloe: Ich hätte mich nicht zum Wort gemeldet, wenn nicht der Vorredner bei Begründung des Antrages 43, daß auch in anderen Ländern die Einführung eines Gesetzes zur Durchführung der Schulgeldfreiheit agitatorisch betrieben werden müßte, seiner Rede ein kleines Schwänzchen angehängt hätte. Er stellte nämlich die Frage, woher wohl das Geld für die Durchführung der Schulgeldfreiheit genommen werden solle. Es ist ja allerdings so, daß das ärmste Land Deutschlands diese Schulgeldfreiheit gesetzlich verankert hat. Wir haben das aus einem ganz bestimmten Grunde getan. Es ist uns natürlich auch entgegengehalten worden, daß man das angestrebte Ziel auch auf dem Wege der Schulgeldermäßigung oder des Schulgelderlasses erreichen könne. Wir aber wollen

das Gesetz der Schulgeldfreiheit in der Meinung, daß gerade den minderbemittelten Kreisen mit diesem Gesetz der Anspruch auf die Schulgeldfreiheit gegeben werden sollte. Wir haben selbstverständlich auch die Frage gestellt, woher wir denn das Geld nehmen sollten. Denn es kann schlecht die Begründung gelten, daß wir sowieso schon ein großes Defizit hätten und es nun auf etwas mehr oder weniger nicht mehr ankomme. Wir haben uns gesagt, daß die Beträge, die bisher durch das Schulgeld aufgebracht worden sind, aus dem Einkommen des deutschen Volkes stammen. Wenn wir nun auf die Erhebung des Schulgeldes verzichten, ist das nach unserer Meinung nur dann möglich, wenn auf anderem Wege dieselbe Summe aus dem Einkommen des Volkes doch erhoben wird. Das aber ist nur eine steuertechnische Frage, die außerordentlich leicht zu lösen ist. Abschließend möchte ich daher bitten, diesen Antrag, den wir gestellt haben, nicht dadurch illusorisch zu machen, daß man ihn etwa mit einem Fragezeichen versehen in die Welt schickt. Ich bitte vielmehr, diesen Antrag sehr ernst zu nehmen und bitte auch die anderen deutschen Länder, dazu übergehen, unter Beihilfe der Sozialdemokraten ein gleiches Gesetz durchzuführen. (Beifall.)

Vorsitzender Gnoß: Ich darf dazu sagen, daß der Parteivorstand, als er zu diesem Antrag Stellung nahm, keineswegs beabsichtigte, daß der Antrag nicht durchgeführt werde. Wir meinen es genau so ernst mit der Annahme und der Verwirklichung des Antrages, wie die Genossen, die ihn in Schleswig-Holstein bereits verwirklicht haben. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge, die sich mit Fragen der Kulturpolitik beschäftigen.

Antrag 43, der vom Parteivorstand zur Annahme empfohlen wird. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Widerspruch erhebt sich nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Antrag 44. Unterbezirk Duisburg-Wesel, der einen besonderen Schulausschuß einzusetzen wünscht. Es wird empfohlen, daß dieser Antrag nach Auffassung des Parteivorstandes abgelehnt werden möge. Wer für die Ablehnung dieses Antrages 44 ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt. (Zuruf: Unterausschuß zu bilden!) Das bedeutet nicht, daß damit das Problem vom Parteivorstand nicht erkannt ist. Es sind lediglich sachliche Beweggründe, die vorgetragen wurden.

Antrag 45 des Bezirks Ober- und Mittelfranken. Es wird vorgeschlagen, diesen dem Kulturpolitischen Ausschuß zur weiteren Bearbeitung zu überweisen, da wir über diese Dinge ohne Vorbereitung kaum einen Beschluß fassen können. Wer für die Überweisung an den Kulturpolitischen Ausschuß ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Die Gegenprobe. — Es ist einstimmig die Überweisung beschlossen worden.

Dasselbe ist hier für Antrag 46 vorgeschlagen. Wer für die Überweisung an den Kulturpolitischen Ausschuß ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Überweisung ist einstimmig beschlossen worden.

Antrag 47. Der Antrag wurde soeben vom Genossen Eichler besprochen. Er schlägt im Auftrage des Parteivorstandes vor, diesen Antrag abzulehnen, da er sachlich von falschen Voraussetzungen ausgeht. Wer für die Annahme dieses Antrages 47 ist, bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über Antrag 73. Auch er soll dem Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen werden. Wer für die Überweisung dieses Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Ich stelle einstimmige Beschlußfassung fest.

Genossinnen und Genossen! Wir kommen zur Erledigung der restlichen Anträge und werden jetzt nach der Reihenfolge gehen: Antrag 39, 40, 41. Ich glaube, eine Begründung erübrigt sich, da diesen Anträgen kaum Bedenken entgegen stehen. Das ist ja auch wohl der Zweck der Anträge. Ich lasse über 39 abstimmen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Gegenprobe. — Es ist einstimmig beschlossen.

Antrag 40. Wer für die Annahme ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Gegenprobe. — Es ist einstimmig beschlossen.

Antrag 41. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke auch hier und bitte um die Gegenprobe. — Einstimmig beschlossen.

Antrag 42. Unterbezirk Göttingen. Der Genosse Lüdemann hat sich zur Begründung dieses Antrages gemeldet.

Hermann Lüdemann, Kiel: Es ist eine reichlich späte Stunde für die Besprechung eines so wichtigen Antrages. Ich sehe nicht die Möglichkeit, hier in Diskussionen über diesen Antrag einzutreten. Ich bedaure, daß es dem Parteivorstand nicht möglich gewesen ist, diese Frage so gründlich und sorgfältig vorzubereiten, daß wir uns heute hier mit ihr beschäftigen können. Die Frage mußte auf diesem Parteitag hier gelöst werden, nachdem bereits auf dem Nürnberger Parteitag deutlich geworden ist, daß die Parteigenossenschaft die Lösung dieser Frage wünscht. Im Augenblick ist es so, daß wir vor dem verfassungsmäßigen Aufbau in der Trizone stehen und unsere Partei steht ohne ein Programm in der wichtigen Wahlrechtsfrage. Der Parteivorstand hat die Absicht, nunmehr erneut den Verfassungsausschuß mit dieser Frage zu befassen. Ich glaube, angesichts der Geschäftsordnungslage des Hauses wird gar nichts anderes übrig bleiben, als den Antrag Göttingen dem Parteivorstand zur Berücksichtigung bei diesen Beratungen über das Wahlverfahren zu überweisen. Das beantrage ich.

Ich möchte aber nicht unterlassen, in dieser Angelegenheit noch zwei Bemerkungen auszusprechen. Der Antrag Göttingen beginnt mit drei Worten. Es steht in der ersten Zeile: Gegen die Verhältniswahl. Ich glaube, das sind drei Worte, die heute von jedem Sozialdemokraten unterschrieben werden, der weiß, daß sich das Verhältniswahlrecht der Weimarer Republik nicht bewährt hat. Es hat sich als ein System der demokratischen Schwäche erwiesen und ist verantwortlich dafür, daß aus einem Weimarer Landtag die Diktaturgestalt eines Herrn Hitler hervorgehen konnte. Wir haben das Recht, auch jetzt wieder Fehler zu machen, aber wir haben nicht das Recht, die gleichen Fehler zweimal zu machen. Wir sollten uns deshalb darüber einig sein, daß auf keinen Fall dieses Verhältniswahlrecht das Wahlrecht unserer neuen föderativen Republik werden darf.

Vorgestern hat unser französischer Genosse Grumbach hier ausgesprochen, er wünsche uns das Wahlrecht, das uns den Sieg sichert. Wir können verstehen, warum gerade Genosse Grumbach das ausgesprochen hat. Bei den Franzosen steht heute nämlich de Gaulle vor der Tür, wie 1932 Hitler bei uns. Die Franzosen beginnen, sich darüber klar zu werden, daß die auf der Basis des Proporz durchgeführten Wahlen eine Ursache mit sind für die Schwächen des Parlaments und die ewigen Regierungswechsel. Es ist zu bedauern, daß nicht dafür gesorgt wurde, daß das Mehrheitswahlverfahren inzwischen probiert worden ist. Wenn der Vorstand neuerdings sagt, es müßten Erfahrungen gesammelt werden, so scheint mir, daß gerade mit einem Mehrheitswahlverfahren Erfahrungen gesammelt werden müßten. Grumbach wünscht uns ein Wahlrecht, das uns den Sieg sichert. Ich bin ganz sicher, daß ein Mehrheitswahlverfahren, wie es in Schleswig-Holstein benutzt wird, unbedingt uns den Sieg sichern muß. (Beifall.) Es mag sein, daß es gelegentlich auch Mißerfolge geben wird. Aber wenn Genosse Ollenhauer an die Spitze seiner Ausführungen den Satz gestellt hat, wir brauchten Klarheit und Entschlossenheit, so möchte ich meinen, daß die Entschlossenheit nötig ist, nämlich Entschlossenheit und Bereitschaft zum Risiko. Wer kämpfen will, muß auch bereit sein, ein Risiko einzugehen.

Nun noch ein kurzes Wort über den Zusammenhang zwischen Wahlverfahren und Parteien. Ein Proporzwähler ist ein anderes Individuum als ein Mehrheitswähler, und eine Proporzwahl ist eine andere Wahl als ein Mehrheitswahlverfahren. Gerade, weil wir in Deutschland eine stärkere Demokratie aufbauen wollen als im Zeichen von Weimar, sollten wir uns darüber klar sein, daß ein Mehrheitswahlverfahren sich günstig auf die Partei auswirkt, sie kraftvoller

macht und interessanter und damit neue Anziehungskraft verleiht. Alle Argumente sprechen also für ein derartiges Mehrheitswahlverfahren. Ich hoffe, daß durch die von mir beantragte Überweisung an den Parteivorstand es möglich sein wird, in eine eingehende Beratung in dem erweiterten Verfassungsausschuß einzutreten und dieses Wahlsystem im neuen Deutschland zur Anerkennung bringen zu können.

Vorsitzender Gnoß erteilt dann das Wort

Dr. Walter Menzel, Düsseldorf: Auf Grund der Debatte des Nürnberger Parteitages hat sich der Verfassungspolitische Ausschuß im letzten Jahr mit den Fragen des Wahlrechts beschäftigt. Der Genosse Lüdemann hat an diesen Sitzungen teilgenommen. Als der Parteivorstand den jetzt zur Debatte stehenden Antrag erhielt, waren wir uns darüber einig, daß sich ein Parteitag mit dieser Frage befassen müsse, da die Bedeutung des Wahlrechtes als einer der wesentlichsten Faktoren der politischen Willensbildung dies erfordert. Die Debatten im Verfassungspolitischen Ausschuß haben von Beginn an gezeigt, daß die Frage des Wahlsystems verschieden zu beurteilen ist, ob es sich um Gemeindewahlen, die Wahlen für die Landtage oder zu einem Reichsparlament handelt. Damit die Überlegungen bis zum nächsten Parteitag, auf dem wir diese Probleme werden diskutieren müssen, nicht in einer einseitigen Richtung gehen, muß ich auf einige Argumente eingehen, die der Genosse Lüdemann vorgebracht hat.

Es ist natürlich sehr naheliegend, heute auf Frankreich zu verweisen und das dortige Verhältniswahlrecht für die jetzigen Zustände verantwortlich zu machen. Wenn wir aber in Frankreich das Mehrheitswahlrecht hätten, wäre de Gaulle wahrscheinlich bereits seit Jahresfrist am Ruder. Es ist für die Vertreter beider Richtungen zu einfach, einmal auf England und Amerika und das andere Mal auf Skandinavien und die Schweiz zu verweisen. Es ist sicherlich interessant, wenn man aus den Erfahrungen anderer Völker lernen will, aber in diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß vor kurzem ein Freund Deutschlands, General Smuts, in einem reinen Mehrheitswahlverfahren unterlegen ist, obwohl er 120 000 Stimmen mehr bekommen hat als sein Gegner, der Nationalist Dr. Marlan. Wir sehen, daß auch ein Mehrheitswahlverfahren nicht die Garantie bietet, einen gerechten Ausdruck des politischen Volkswillens zu bringen. Wer die Geschichte der Republik Frankreich studiert hat, weiß im übrigen, daß unabhängig von den verschiedenen Wahlsystemen in der französischen Republik die Regierungskrisen niemals aufgehört haben und ein sehr häufiger Regierungswechsel stattgefunden hat. Der Hinweis auf andere Länder ist daher nicht immer glücklich.

Ich halte es ferner für falsch, bei der Frage des Wahlrechtes auf das Scheitern der Weimarer Republik hinzuweisen. Die Ausschaltung der kleinen Parteien kann man bei einem Verhältniswahlrecht genau so durchführen wie bei einem Mehrheitswahlrecht. Das ist lediglich eine wahltechnische Frage. Die Weimarer Republik ist nicht gescheitert wegen des Verhältniswahlrechtes, sondern gescheitert, weil wir Deutschen uns die Demokratie 1918 nicht erkämpfen mußten, weil die Deutschen, generationslang von der Ideologie des Kasernenhofes herkommend, noch nicht eine echte Demokratie aufbauen konnten und weil vor allem der unglückselige Dualismus Reich — Preußen ein Schwergewicht der Länder schuf, das eine vernünftige, klare und dauerhafte Reichspolitik in Berlin unmöglich machte. (Beifall.)

Das Ergebnis ist: Auch wir sind dafür, daß der Göttinger Antrag dem Verfassungspolitischen Ausschuß zur Berücksichtigung überwiesen wird. Wenn wir in einem Jahr die Erfahrungen aus den jetzt geltenden Wahlsystemen gezogen haben, werden wir — das hat die Diskussion im Verfassungsausschuß bereits ergeben — zu dem Resultat kommen, daß eine vernünftige Synthese zwischen einem Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, bei dem sowohl die Persönlichkeit herausgestellt wird, als auch der politische Wille des Volkes im Parlament richtig zum Ausdruck kommt, gefunden werden wird. (Beifall.)

Vorsitzender Gnoß: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 42. Es ist vorgeschlagen worden, diesen Antrag dem Parteivorstand und zur weiteren Behandlung dem Verfassungspolitischen Ausschuß zur Berücksichtigung zu überweisen. Wer für die Überweisung des Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich danke, ich bitte um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag Nr. 48, einem Antrag des Ortsvereins Offenbach, betreffend die Bildung der SAJ. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag zu überweisen, und zwar zur gemeinsamen Beratung der beteiligten Organisationen. Es ist nahegelegt worden, daß im zweiten Absatz der dritte Satz „Diese Altersklasse zeigt aber sehr wenig Hang zur politischen Arbeit usw...." herausgestrichen werden soll. Ich weiß nicht, ob die Antragsteller damit einverstanden sind. (Einverstanden.) Die Antragsteller sind einverstanden. Also ist dieser dritte Satz im zweiten Absatz der Begründung zu streichen. Wer in der so veränderten Form diesen Antrag dem Parteivorstand und den beteiligten Organisationen überweisen will, den bitte ich um ein Handzeichen. (Geschieht.) Ich danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe! — Die Überweisung ist einstimmig beschlossen worden.

Wir kommen zum Antrag Nr. 49, einem Antrag des Bezirks Obere Rheinprovinz. Es wird empfohlen, diesen Antrag anzunehmen. Erhebt sich gegen diese Annahme Widerspruch? — Es ist nicht der Fall, dann ist so beschlossen.

Der Antrag Nr. 50 der Landesorganisation Hamburg wird zur Annahme empfohlen. Wird zur Begründung das Wort gewünscht? (Zuruf: Nein!) Er wird nicht begründet. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um ein Handzeichen. (Geschieht.) Ich danke, ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig so beschlossen worden.

Der Antrag Nr. 51 des Unterbezirks Essen betrifft die Aufhebung des politischen Betätigungsverbots für Beamte bzw. die Einschränkung des Verbots. Es wird Annahme empfohlen. Wir haben darüber oft genug diskutiert und unseren Standpunkt festgelegt. Wer für die Annahme ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig beschlossen.

Der Antrag Nr. 52 ist von Solingen gestellt. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag dem Sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen. Im übrigen darf ich sagen, daß in Nordrhein-Westfalen bereits nach diesem vorgeschlagenen Rezept gehandelt wird. Wer für die Überweisung ist, bitte ich um ein Handzeichen. (Erfolgt.) Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Die Überweisung an den Sozialpolitischen Ausschuß ist beschlossen.

Der Antrag Nr. 53, der sich mit der Frage der Zusammenführung auseinandergerissener Familien beschäftigt, wird zur Annahme empfohlen. Eine Begründung erübrigt sich. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht.) Ich danke. Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr noch zu Antrag Nr. 75, der sich in dem 5. Nachtrag zur Vorlage befindet, Antrag für eine Entschließung „Flüchtlinge und Sozialdemokratie". Es ist über diese Frage in dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt von einzelnen Genossen gesprochen worden. Es wurde dazu Stellung genommen. Die Konkretisierung dieser Stellungnahme erfolgt in diesem Antrag Nr. 75 als eine Entschließung für die Flüchtlingsfrage und die Stellung der Sozialdemokratie dazu. Wer für die Annahme dieser Entschließung ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Es ist einstimmig so beschlossen worden.

Nunmehr kommt der ganze Komplex der Anträge, die sich mit Organisationsfragen, d. h. mit Fragen über das Organisationsstatut beschäftigen, Antrag Nr. 54 usf. und außerdem der neugestellte Antrag über die Umgestaltung in der Zusammensetzung des Parteiausschusses, der als Antrag Nr. 72 vorliegt. Es wird vorgeschlagen, alle diese Anträge dem Organisationsausschuß des Parteivorstandes zu überweisen, sie dort einer gründlichen Beratung zu unterziehen und dann bei dem nächsten Parteitag diesen Vorschlag des Organisationsausschusses nach gründlicher

Diskussion zu behandeln. (Unverständlicher Zuruf des Genossen Heiland.) Die Überweisung dürfte auch wie in anderen Fällen der weitergehende Antrag sein. Ich lasse also zunächst über die Anträge 54 bis 58 abstimmen. Wer für die Überweisung dieser Anträge mit allen Fragen des Organisationsstatuts an den Organisationsausschuß des Parteivorstandes ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Überweisung dieser Anträge Nr. 54 bis 56 ist gegen wenige Stimmen beschlossen worden.

Nun der Antrag Nr. 72. Auch hier wird die Überweisung an den Organisationsausschuß vom Parteivorstand gewünscht. Die Antragsteller selbst möchten ihn aber jetzt zur Abstimmung bringen. Ich will über die Annahme dieses Antrages abstimmen lassen und möchte sofort vermelden, daß er, falls eine Annahme jetzt hier nicht erfolgt, dem Organisationsausschuß überwiesen wird. Sind die Antragsteller damit einverstanden? (Zuruf: Einverstanden.) Wer also für die Annahme dieses Antrages ist, der eine Satzungsänderung bedeutet — ich möchte darauf aufmerksam machen —, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich danke, ich bitte um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Das ist zweifelhaft. Wir müssen auszählen. (Zuruf: Es müssen zwei Drittel sein!) Genossen, seid vorsichtig! Ich weiß nicht genau, ob unser Organisationsstatut jetzt schon einer Zweidrittelmehrheit bedarf; ich glaube, es ist nicht festgelegt. (Inzwischen wird geprüft.) Also es wird bestätigt, daß Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Dann ist der Antrag abgelehnt. (Zuruf: Es wird angezweifelt!) In der Mappe liegt ein Organisationsstatut. Das Organisationsstatut besagt im § 32 u. a.: „Anträge auf Änderung der Organisation können nur gewährt werden, wenn sie innerhalb der Frist, die die §§ 13 und 14 vorschreiben, veröffentlicht worden sind." Das trifft auf den Antrag nicht zu. Also kann er nicht behandelt werden. (Zuruf Genosse Jacobi: Es ist kein Antrag auf Änderung der Organisation!) Darunter verstehe ich alles das, was die Organisationsgliederung und ihre Aufgaben umfaßt. Ich bin der Meinung, daß dieser Antrag nicht zur sofortigen Erledigung kommen kann, weil er nicht fristgemäß eingereicht worden ist. Ich nehme an, daß sich die Antragsteller mit dieser Auffassung ebenfalls einverstanden erklären, und damit die Überweisung an den Organisationsausschuß beschlossen ist. — Ich höre keinen Widerspruch. Die Überweisung an den Organisationsausschuß ist dann beschlossen.

Es kommt noch der Antrag Nr. 71 zur Behandlung, und zwar ist der Antrag vom Bezirk Obere Rheinprovinz gestellt worden. Er befaßt sich mit den Entnazifizierungsausschüssen. Der Antrag wird zurückgezogen vom Antragsteller, wenn der Parteivorstand dazu eine Erklärung abgibt. Der Parteivorstand ist dazu bereit. Die Erklärung gibt Genossin Selbert.

Dr. Elisabeth Selbert, Kassel: Auf diesem Parteitag ist bereits sehr eindeutig ausgesprochen worden, und zwar insbesondere in der Rede des Genossen Schumacher, wie die Partei zur Frage der Entnazifizierung steht. Nachdem uns seit dem Nürnberger Parteitag nun weitere Ergebnisse und eine ganze Reihe verfehlter Ergebnisse jetzt vorliegen, kann es bei uns, glaube ich, nur die eine Meinung geben, daß die sogenannte Entnazifizierung gar keine echte Entnazifizierung war und ist (Beifall), daß sie sich vielmehr zu einem großen Teil zu einer Groteske entwickelt hat, und mit Recht bezeichnet der „Neue Vorwärts" beispielsweise den Fall Schacht als das Ende der Entnazifizierung. Ich möchte mich der Stellungnahme der Gewerkschaften der britischen und amerikanischen Zone anschließen, die den Spruch als eines der empörendsten von all den beschämenden Urteilen bezeichnet, die von Spruchkammern gefällt worden sind. Genossen und Genossinnen! Wir sind am Ende unserer Tagung, und ich will mich kurz fassen. Ich will daher nicht näher die Ursachen untersuchen, auf denen dieses Ergebnis beruht. Nur kurz gesagt, es beruht nicht zuletzt auf dem völligen Fehlen eines wirklich deutschen materiellen Gesetzes und ferner darauf, daß diese Gesetze, soweit sie vorhanden, d. h. oktroyiert sind, unseren Rechtsvorstellungen und unserem rechtspolitischen und politischen Denken nicht entsprechen.

Im tiefsten Gewissen hat sich in uns in diesem Jahre die Erkenntnis noch

einmal verstärkt — und ich darf den Ausdruck wiederholen, den ich vor einem Jahr in Nürnberg gebraucht habe — verpaßte Revolutionen können nicht mit gesetzlichen Mitteln nachgeholt werden. (Beifall.)

Was den Antrag Nr. 71 angeht, so verstehen und anerkennen sowohl der Parteivorstand als auch der Ausschuß, der beim Parteivorstand für Entnazifizierungsfragen eingesetzt ist, die Sorge, der dieser Antrag entspringt, daß nämlich die Partei mit den Folgen der verfehlten Entnazifizierung belastet werden könnte. Ich glaube, diese Sorge ist unbegründet. Die Partei denkt nicht daran, die Verantwortung für Dinge zu übernehmen, zu denen sie nicht gehört ist und die auf den Intentionen und falschen Vorstellungen der Besatzungsmächte beruhen. Parteivorstand und Ausschuß sind nach ernsthafter Prüfung des Antrages zu dem Ergebnis gekommen, daß der Parteitag diese Maßnahme, wie sie in dem Antrag vorgeschrieben und vorgeschlagen wird, nicht für alle allgemein verbindlich erklären sollte. Eine solche generelle Regelung ist auch gar nicht möglich aus folgenden Gründen: In den verschiedenen Zonen gelten ganz verschiedene materielle und verfahrensrechtliche Vorschriften. Ja, nicht einmal in den Zonen selbst sind sie einheitlich. In den verschiedenen Ländern, beispielsweise der britischen Zone, sind sie ganz verschieden. Ich erinnere daran, daß z. B. bei uns in der amerikanischen Zone ein Gesetz über die staatsbürgerliche Pflicht besteht. In Schleswig-Holstein soll es ähnlich sein, wonach der einzelne Staatsbürger verpflichtet ist, ebenso wie das Amt des Schöffen, des Geschworenen, des Vormundes, auch das Amt in den Spruchkammern anzunehmen.

Der Parteivorstand schlägt Ihnen daher vor, daß die Bezirke ermächtigt werden, *die Entscheidung darüber, ob unsere Mitglieder aus den Ausschüssen zurückgezogen* werden sollen, selbst zu fällen. Ich betone bei dieser Gelegenheit ausdrücklich, daß, wenn man eine solche Entscheidung fällt, sie nur auf demokratischer Grundlage und nach sorgfältiger Abwägung aller Gesichtspunkte gefällt werden kann. In diesem Fall ist die Entscheidung allerdings für die Mitgliedschaft verbindlich.

Zum Schluß nur noch einen Gesichtspunkt, der bei den Beratungen des Ausschusses am vorigen Freitag eine Rolle gespielt hat. Man sollte dazu übergehen, aus dem Negativen ein Positives zu machen. Wir müssen in den Landtagen zu einer gesetzlichen Regelung kommen, wodurch das gesamte öffentliche Leben, das Wirtschaftsleben, das Kulturleben gesichert wird im Sinne der Demokratie durch eine *Überprüfung in Schlüsselstellung befindlicher maßgeblicher Leute. Das* ist eine Möglichkeit, um die Fehler der Entnazifizierung zu reparieren. (Beifall.)

Vorsitzender Gnoß: Darf ich fragen, ob der Parteitag dieser Erklärung des Parteivorstandes zustimmt? — Ich höre keinen Widerspruch. Ich stelle das ausdrücklich fest. Damit ist gleichzeitig beschlossen, daß die Bezirke ermächtigt sind, nach eigenem Ermessen in dieser Frage zu handeln.

Ich darf noch einmal zurückkommen auf den eben beschlossenen Antrag Nr. 72. Es wurden Zweifel geäußert, ob dieser Antrag zu denen gehört, wie es im Organisationsstatut im Paragraph 32 gemeint ist. Es heißt unter 4 im Paragraph 13 bzw. 14, darauf bezieht sich das, was ich eben sagte: „Die Beschlußfassung über die Organisation durch alle das Parteileben berührenden Fragen." Die Organisationsgliederung, die Aufgaben des Parteiausschusses und seine Zusammensetzung sind zweifellos die Organisation berührende Fragen. Der Antrag war also mit einer Abstimmung nicht direkt zu erledigen, sondern konnte nur zur weiteren Beratung überwiesen werden.

Als letzter Antrag liegt noch der Antrag Nr. 62 vor, der vom Parteivorstand und vom Parteiausschuß gestellt worden ist und der sich noch einmal mit der Frage der Kriegsgefangenen beschäftigt. Er gibt zunächst eine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß die Regierungen Großbritanniens und Amerikas ihr Versprechen eingelöst haben und die Kriegsgefangenen Ende 1948 entlassen wurden bzw. schon vor diesem Termin entlassen worden sind. Es wird dann weiter auf die Zurückhaltung von deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich, den SS-Verbänden, hingewiesen. Hier bittet die Partei die Regierung Frankreichs, eine recht rasche und

rechtlich einwandfreie Überprüfung durchzuführen, damit die unbelasteten Kriegsgefangenen dieser Gruppen noch in diesem Jahre heimkehren können. Mit Befremden wird weiter festgestellt, daß aus den Ländern Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei während der vergangenen Monate keine regelmäßigen Entlassungstransporte deutscher Kriegsgefangener gekommen sind. Letztlich wird dann noch auf die Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und ihre Beschäftigung in den Uranbergwerken der Tschechoslowakei Bezug genommen. Ich bitte die Teilnehmer und Delegierten des Parteitages — der Antrag wurde gestern im Laufe der Diskussion bereits begründet, insbesondere von dem Genossen Heine — die für die Annahme dieser Entschließung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. — Damit ist auch dieser Antrag Nr. 62 einstimmig vom Parteitag angenommen worden.

Zur Schlußansprache... (Zurufe: Beschwerdeausschuß!) Wir haben leider vergessen, daß mir noch eine Sache übertragen worden ist, die heute erledigt werden muß. Es handelt sich um das Beschwerdeverfahren, das in der Ausschlußsache Wirtz (Köln) von der Beschwerdekommission während dieser Tagung behandelt worden ist. Genosse Helmstädter ist als Berichterstatter dieser Beschwerdekommission eingesetzt.

Fritz Helmstädter, Stuttgart: Genossinnen und Genossen! Die vom Parteitag gebildete Beschwerdekommission hat sich heute unter dem Vorsitz des Genossen Schönfelder in einer mehr als vier Stunden währenden Sitzung mit der Frage beschäftigt, ob auf Grund des § 26 unseres Organisationsstatuts die Voraussetzungen gegeben sind, das Mitglied unserer Partei Martin Wirtz aus Köln aus der Partei auszuschließen. Der Sachverhalt ist folgender:

Kreisvorstand, Bezirksvorstand und Stadtratsfraktion unserer Partei in Köln haben in Gegenwart des Genossen Wirtz, der als Stadtdirektor in Köln tätig ist, am 22. Februar d. J. eine politisch höchst bedeutsame Erklärung beschlossen, die u. a. zum Inhalt hatte, daß unsere Fraktion mit dem Verhalten der CDU in Köln in einer Wahlsache nicht einverstanden ist. Diese Erklärung sollte von Wirtz in der am 25. Februar stattgefundenen Stadtverordnetensitzung abgegeben werden. Ferner wurde Wirtz beauftragt, ein Gutachten anzufertigen und die übrigen Beigeordneten der Partei über die abgegebene Erklärung zu informieren. Wirtz hat die Erklärung nicht abgegeben, er hat unsere übrigen Beigeordneten nicht wahrheitsgemäß über den Inhalt der Erklärung unterrichtet; vielmehr hat Wirtz, der der beschlossenen Erklärung in der erwähnten Sitzung ausdrücklich zugestimmt hat, das Gegenteil von dem getan, was der Parteibeschluß verlangte. Der Kreis Köln unserer Partei forderte daraufhin, den Ausschluß des Wirtz aus der Partei zu vollziehen. In einer von mehr als 500 Funktionären der Partei besuchten Versammlung wurde dieses Verlangen einstimmig beschlossen. Das Bezirksschiedsgericht, das sich als erste Instanz mit der Sache befaßte, kam zu der Entscheidung, Wirtz aus der Partei auszuschließen. Gegen diese Entscheidung hat Wirtz form- und fristgemäß Einspruch erhoben bzw. die Einsetzung eines Parteischiedsgerichts im Sinne unseres Organisationsstatuts beantragt. Das Parteischiedsgericht kam unter dem Vorsitz des Genossen Hans Thabor aus Krefeld zustande. Mit 3:2 Stimmen hat dieses Gericht beschlossen, die Entscheidung des Bezirksschiedsgerichtes aufzuheben. Diese Entscheidung wurde u. a. wie folgt begründet: „Das Parteischiedsgericht hat in seiner Mehrheit die Auffassung gewonnen, daß das Verhalten des Genossen Wirtz in der zur Beurteilung stehenden Frage genügend geahndet wird durch die Erteilung einer scharfen Rüge." Gegen die Entscheidnug des Parteischiedsgerichtes hat der Bezirksvorstand der Partei in Köln Beschwerde beim Parteivorstand erhoben mit dem Antrag, die Entscheidung aufzuheben und den Ausschluß des Genossen Wirtz aus der Partei gemäß dem Urteil des Bezirksschiedsgerichtes zu vollziehen. Das Begehren des Bezirksvorstandes ist eingehend begründet worden. Die Beschwerdekommission hat heute eine Reihe von Kölner Genossen, darunter die Genossen Eichler, Schirrmacher und Görlinger, gehört und auch dem Genossen

Wirtz die Möglichkeit gegeben, seinen Standpunkt in der Sache eingehend darzulegen. Die Kölner Genossen erklärten ausdrücklich, daß ein Verbleiben des Genossen Wirtz in der Partei nicht möglich sei. Die gesamte Mitgliedschaft fordere mit allem Nachdruck, daß der Ausschluß zu vollziehen sei. Das Verhalten des Genossen Wirtz hat große Unruhe in den Reihen unserer Parteigenossen, insbesondere der Funktionäre, hervorgerufen. Er habe bewußt einen bedeutsamen Beschluß der Parteiinstanzen sabotiert. Seine Persönlichkeit böte im übrigen keine Garantie dafür, daß er sich künftighin für die Durchsetzung wichtiger politischer Beschlüsse der Partei in seinem verantwortungsvollen Amt einsetzen könne. Der Genosse Wirtz war durch seine Erklärungen vor den Mitgliedern der Beschwerdekommission nicht in der Lage, die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zu widerlegen.

Nach gründlicher und gewissenhafter Erwägung alles dessen, was für und was gegen die Sache spricht, kam die Beschwerdekommission zu dem einstimmigen Beschluß, den Parteitag zu bitten, den Ausschluß des Genossen Wirtz aus der Partei gemäß der Entscheidung des Bezirksschiedsgerichtes zu beschließen. Die Voraussetzungen des § 26 Ziffer 1d unseres Organisationsstatuts sind für den Ausschluß gegeben.

Die Beschwerdekommission, Genossen und Genossinnen, glaubt besonders darauf hinweisen zu müssen, daß wir von den in hohen Funktionen des Staates und der Gemeinden stehenden Genossen verlangen müssen, daß sie sich jederzeit darüber klar sind, Sozialdemokraten zu sein, und daß sie die Beschlüsse aller Parteiinstanzen zu respektieren haben und diese nicht sabotieren dürfen. (Reicher Beifall.)

Vorsitzender Gnoß: Wir haben den Antrag des Beschwerdeausschusses zur Kenntnis genommen. Eine Aussprache zu diesem Punkt wird nicht gewünscht. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Beschwerdekommission, der besagt, daß der Ausschluß des Genossen Wirtz (Köln) vom Parteitag als wirksam anerkannt wird. Wer für diesen Antrag der Beschwerdekommission ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig so beschlossen. (Zuruf von hinten: Eine Stimme dagegen!)

### Schlußwort des Vorsitzenden Löbe

Wir sind am Ende unserer Verhandlungen. Wir möchten vor unserem Abschied der Stadt Düsseldorf unseren Dank aussprechen, die erfolgreich bemüht war, uns unsere Aufgabe zu erleichtern, und die uns diesen imposanten Versammlungsraum zur Verfügung gestellt hat. (Beifall.) Wir danken der Düsseldorfer Partei, die in fleißiger Arbeit alle Vorkehrungen getroffen hat, damit wir in kurzer Zeit unser großes Pensum bewältigen konnten, und die auch für ein geselliges Beisammensein der Delegierten gesorgt hat. Wir danken den Hunderten von Funktionären, die bei dem Ablauf unserer Verhandlungen mitgearbeitet haben, und den Quartiergebern, die uns für diese Tage ein Heim geboten haben. (Beifall.) Dem Volkschor unter Leitung von Prof. Günther und dem Städtischen Orchester, die uns die wunderschöne Einleitung unseres Parteitages am Sonntagvormittag geboten haben, danken wir ebenfalls.

Ich möchte diesen Dank auch ausdehnen auf diejenigen Genossen, die durch eigene Rücktrittserklärung oder durch den Parteitag selber aus ihrer Funktion im Parteivorstand ausgeschieden sind, den Genossen Loßmann, Agartz, Helmstädter und Veit. (Beifall.)

Genossen! Die vielen Auslandsgäste wurden bereits bei ihrer Ankunft begrüßt. Es war ein freudiges Gefühl, sie so zahlreich bei uns zu wissen. Wir rufen Ihnen heute ein herzliches Auf Wiedersehen! zu.

Der Parteitag hat im Anschluß an das Referat von Kurt Schumacher und mit dem Schlußwort Erich Ollenhauers am ersten und zweiten Tage die politischen Leitsätze und Richtlinien für unsere fernere Arbeit ausgearbeitet. Wir konnten

bei dem Bericht des Parteivorstandes mit Freuden einen dauernden Aufstieg unserer Partei und gesunde Kassenverhältnisse aus eigenen Kräften feststellen. Das Referat Kriedemanns und die vorzüglichen Darlegungen des Genossen Veit gaben uns zum erstenmal ein Gesamtbild der Arbeit des Wirtschaftsrates in voller Durchleuchtung. Sie gaben uns wertvolles Material für die Arbeit des wirtschaftlichen Aufbaues in den nächsten Monaten und Jahren. Dasselbe gilt in hohem Maße von dem vollkommenen Überblick über die sozialistische Neugestaltung, die uns Genosse Zorn in hervorragender Weise unterbreitet hat und die durch die folgende Aussprache ergänzt wurde. Wir dürfen davon einen wichtigen Fortschritt auf dem Wege zur inneren Erneuerung unserer Partei erwarten.

Lassen Sie uns jetzt dafür sorgen, draußen zu vertreten, was hier niedergelegt worden ist.

Genossen und Genossinnen! Dunkle Wolken ballen sich im Osten unseres Vaterlandes. In Berlin werden zähe und mutige Kämpfe für die Freiheit geführt, nicht nur für die der östlichen Zone, sondern für Gesamt-Deutschland, ja für ganz Mitteleuropa. Schwere staatspolitische Entscheidungen drängen im Westen auf ihre Lösung, wo die Fundamente einer ersten repräsentativen Vertretung unseres Volkes für ein neues, geläutertes, friedvolles Deutschland gelegt werden sollen. Wohin wir aber auch blicken, es lastet ein schweres Gewicht der Verantwortung auf unseren Schultern, so schwer, daß wir es kaum in vollem Umfang zu ermessen wissen. Wir haben den dunklen Stand der letzten zwanzig Jahre geahnt, daß eine ganze Generation sich zermürben würde bei dieser schier unlösbaren Aufgabe. Die Erkrankung des Genossen Schumacher und von Louise Schroeder bestätigen bitter diese Befürchtungen. Und dennoch, es gibt für uns kein Zagen und keinen Weg zurück. Das deutsche Volk hat uns in vielen Wahlen Vertrauen bezeugt; es wird bestätigt an dem Tage, an dem das ganze Volk, auch die heute Entrechteten, in Freiheit ihren Willen werden verkünden können, an dem Tage also, an dem der Vorhang weggezogen wird, der die Wahrheit im Osten verbirgt. Ist es nicht ein unerhörtes Attentat auf die Freiheitsrechte der Deutschen, daß eine Macht, die vorgibt, freiheitlich zu sein, unsere Freunde so knechtet, daß die Verhandlungen dieses Parteitages ebensowenig wie seiner Vorgänger in wahrheitsgetreuen Berichten an die Ohren derer dringen, die mit Herzen und Verstand auf unserer Seite stehen? (Bravo!) Trotzdem wissen wir, daß wir die Träger ihres Vertrauens sind, das wir auch zu rechtfertigen haben.

Wenn ich Umschau halte in diesem Raum, dann sehe ich, wie eine neue gesunde Schar der Jungen sich emporreckt, fest und entschlossen wie die Alten, die von uns gegangen sind und deren Zahl von Jahr zu Jahr sich mindert. Aber wir proklamieren offen: Demokratie für alle, aber nicht für die, die, wenn sie zur Macht gekommen sind, die Demokratie umbringen wollen. (Bravo!) Diese neue Generation von vielen Tausenden entschlossenen Streitern beansprucht kein Alleinrecht auf die Gestaltung der Zukunft unseres Landes; sie weiß, daß nach der Zusammensetzung unseres Volkes der Zusammenklang mehrerer Parteien und Ansichten die Lösung wird bringen müssen. Aber daß diese Lösung nicht ein Rückfall, kein Rückschritt sein darf, daß sie nur auf dem Wege sozialer und sozialistischer Neugestaltung geschehen kann — Genossen, dafür wollen wir geradestehen. Das berechtigt uns zum Ehrennamen der Deutschen Sozialdemokratischen Partei und dazu, die rote Fahne in ihrer unversehrten Reinheit weiterzutragen. Auf, Sozialisten, schließt die Reihen! (Die Versammlung singt den Sozialistenmarsch.)

Mit dem Absingen dieses Liedes durch die Tagungsteilnehmer und dem spontanen Ausruf: „Freiheit! Freiheit! Freiheit!" schloß der Vorsitzende den Parteitag 1948.